

# Verfassungsklage gegen die EZB: „Die Europäische Zentralbank zerstört unser Geld“

Quelle: aus Informationen der „privatdepesche“ Nr. 34/2017

## Interview mit dem Finanzfachmann Professor Dr. Markus C. Kerber

Der Volljurist *Dr. Markus C. Kerber* ist Unternehmensberater und seit 2006 außerplanmäßiger Professor für öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin. Der Autor des Buches „*Wehrt Euch, Bürger! Wie die Europäische Zentralbank unser Geld zerstört*“ hat zusammen mit anderen Wirtschaftsexperten und Unternehmern eine Verfassungsbeschwerde gegen das EZB-Anleihen-Ankaufs-programm in Karlsruhe eingereicht.

? *Frage: Warum kauft die EZB seit Juni 2016 außer Staatsanleihen und Pfandbriefen auch Unternehmensanleihen?*

Professor Dr. Markus C. Kerber

→ Das müssen Sie die Europäische Zentralbank fragen, denn eine Erklärung, warum die EZB Unternehmensanleihen auf dem Markt erwirbt, gibt es meines Erachtens nicht. Ein Grund mag sein, dass die EZB beziehungsweise das Eurosystem beim Kauf von Staatsanleihen quantitativ an Grenzen stößt und sich zur Ausweitung der Geldmenge neue Produkte ausdenken muss.

? *Frage: Überschreitet die Zentralbank damit ihre Kompetenzen?*

Professor Dr. Markus C. Kerber

→ Die EZB nimmt für sich das Recht in Anspruch, ihr Mandat, das auf Preisstabilität beschränkt ist, darauf auszulegen, eine Inflation von rund zwei Prozent zu erreichen. Sie nehmen für sich auch in Anspruch, diese Inflation durch die Ausweitung der Geldmenge herbeizuführen. Die EZB beruft sich dabei darauf, dass die Bank of England, die Federal Reserve und die Bank of Japan eine ähnliche Politik betreiben. Es ist umstritten, ob diese Politik noch vom Mandat der EZB gedeckt ist.

? *Frage: Ist das nicht im Prinzip verschleierte Staatsfinanzierung?*

Professor Dr. Markus C. Kerber

→ Genau das bestreitet die EZB. Mit dem Erwerb von Unternehmensanleihen wird ja keine Finanzierung des Staates betrieben. Unbestritten ist jedoch der Erwerb von Unternehmensanleihen durch die EZB, welche den Wettbewerb verzerren. Es gibt Unternehmen, die in den Genuss kommen, dass ihre Anleihen gekauft werden, und Unternehmen, die nicht in diesen Genuss kommen. Diese müssen eine höhere Rendite zahlen, um ihre Anleihen auf dem Markt platzieren zu können. Ferner gibt es ein Diskriminierungsverhältnis zu den Unternehmen, die

nicht am Kapitalmarkt sind. Die EZB hat noch nicht erklären können, warum sie die Unternehmen, die auf dem Kapitalmarkt sind, bevorzugt.

? *Frage: Kann die EZB mit ihren Programmen, wie sie behauptet, die Konjunktur stützen und die Inflation nach oben treiben?*

Professor Dr. Markus C. Kerber

→ Die EZB hat die These aufgestellt, dass es ohne eine minimale Inflation innerhalb der Verbraucherpreise von ungefähr zwei Prozent kein Wachstum geben wird. Das wird von vielen Ökonomen unter anderem auch von mir bestritten. Die EZB hat angesichts der einmaligen Maßnahmen berechtigterweise sich den Fragen zu stellen, ob sie nicht die Grenzen ihrer Wirksamkeit erreicht hat. Um Wachstum zu schaffen, können stabilophobe Länder wie Italien und Frankreich, vielleicht auch Spanien, ihre fiskalische Ausgabenpolitik weiterführen, weil Verschuldung nichts kostet. Portugal, Spanien und Irland sind realökonomisch weit von einer Wende entfernt. Der ursprüngliche EU-Stabilitätspakt existiert leider nicht mehr, wofür insbesondere Frankreich verantwortlich ist. In Portugal und Spanien liegen die Defizite bei vier oder gar fünf Prozent, also sehr viel höher als das maximale Defizit von drei Prozent.

Das eigentliche Problem ist jedoch Frankreich, das sich nicht mehr an die eigenen Staatsziele hält, die ohnehin unzureichend waren, um den Bruttoschuldenstand zu stabilisieren und eventuell zu senken. Hier befinden wir uns in der einmaligen Situation, dass der Präsident der Europäischen Kommission sagt, wir geben Frankreich mehr Zeit, weil Frankreich eben Frankreich ist.

? *Frage: Was werfen Sie in Ihrer Klage der EZB konkret vor?*

Professor Dr. Markus C. Kerber

→ Wir haben eine Klage gegen die Bundesregierung und gegen den Bundestag eingereicht mit dem Vorwurf, dass die beiden Institutionen gemeinsam mit der Bundesbank ein mandatswidriges Programm der EZB nicht gestoppt haben und auch keine Mühe unternommen haben, dies zu tun. Die Bundesregierung schweigt dazu und der Bundestag hat das Programm abgenickt, beziehungsweise glänzt durch Unterlassung.

Und die Bundesbank, die mit der Weigerung zum Mitwirken ein solches Programm zu Fall bringen könnte, protestiert zwar in der Öffentlichkeit durch Herrn Weidmann, aber eiert gehorsam Herrn Draghi hinterher.